

Protokoll Gemeinderat - öffentlich - vom 21.05.2019

1) TOP Bürger fragen

2) TOP 1-042/19 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung gefassten Beschlüsse

Die in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung gefassten Beschlüsse werden bekanntgegeben.

3) TOP 9-027/19 Sanierung Schellenbergbrücke (K 5740) / Donaueschingen - überplanmäßige Ausgabe

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 9-027/19 ein.

Im April 2019 habe es eine Schlussrechnung gegeben, die eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 40.803,27 Euro erforderlich mache.

Beschluss: Der vorgeschlagenen Finanzierung der überplanmäßigen Ausgabe wird zugestimmt.

(einstimmig)

4) TOP 9-026/19 Wolfsbach in Wolterdingen / naturnahe Umgestaltung, 4. BA - Vergabe Tiefbauarbeiten

TOP 4.1

Oberbürgermeister Pauly führt in die Tischvorlage Nr. 9-028/19 ein.

Herr Monien (auf Nachfrage von Stadtrat Kaiser): Der Preisunterschied zwischen Bieterangebot 1 und Bieterangebot 2 sei durch den zeitlichen Abstand entstanden, der dazwischenliege.

Beschluss: Die Firma Behringer Tiefbau GmbH, Hüfingen, wird mit den Tiefbauarbeiten zum Angebotspreis von 94.275,94 € beauftragt.

(mehrheitlich Ja, 2 Nein)

5) TOP 9-024/19 Eigenbetrieb Wasserwerk / Erweiterung Wassergewinnung - Vergabe Brunnenbau

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 9-024/19 ein.

Herr Monien (auf Nachfrage von Stadtrat Blaurock): Das angekündigte Bietergespräch habe stattgefunden. Die technischen Fragen seien geklärt worden.

Oberbürgermeister Pauly: Der Vorbehalt aus der Sitzungsvorlage könne gestrichen werden.

Beschluss: Vorbehaltlich der Klärung der technischen Fragen im Rahmen der Bietergespräche wird die Firma Abt Wasser- und Umwelttechnik GmbH, Mindelheim, mit den Brunnenbauarbeiten zum Angebotspreis von 637.074,10 € (brutto) beauftragt.

(einstimmig)

6) TOP 7-013/19 Gebührenhaushalte - kalkulatorische Zinsen 2020

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 9-024/19 ein.

Beschluss: Der Berechnung des kalkulatorischen Zinssatzes wird zugestimmt; er ist vom Rechnungsjahr 2020 an bis auf weiteres in Höhe von 2,13 % der Verzinsung des Anlagekapitals zugrunde zu legen.

(einstimmig)

7) TOP 1-033/19 Beteiligung an der ED Kommunal GmbH

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-033/19 ein.

Herr Martin, Energiedienst AG: Die Energiedienst AG öffne sich für Kommunen. Das Beteiligungsprogramm sei vom Regierungspräsidium, vom Landeskartellamt und von der Landesfinanzverwaltung überprüft worden. Das Modell sei tragfähig und gegengerechnet worden. Bereits 12 Kommunen seien als neue Gesellschafter der ED Kommunal GmbH beigetreten.

Herr Martin stellt dem Gemeinderat das Programm anhand der Anlage „Vorabinformation der Energiedienst AG“ vor.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Auer): Die Beteiligungssummen der Kommunen seien unterschiedliche hoch. Der Höchstbetrag liege bei 1.000.060,00 Euro bzw, 1.000.040,00 Euro. Auch eine Beteiligung nur mit dem Mindestbetrag von 200.000,00 Euro sei dabei.

Stadtrat Kuttruff: Die Vorlage reiche nicht aus. Das Verlustrisiko sei bei einer Vertragsbindung von fünf Jahren zu hoch. Eine schriftliche Stellungnahme der GmbH liege nicht vor. Ein Totalverlust könne nicht ausgeschlossen werden. Für die Beurteilung maßgebende Angaben lägen nicht vor. Er werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Martin, Energiedienst AG: Der Vertrag sei ausreichend geprüft worden. Es könne sein, dass die ED Netze GmbH in fünf Jahren einen anderen Wert habe und die Einlagen dann entsprechend bewertet werden müssten. Eine Neubewertung sei allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Rösch): Die Dividende werde für die gesamten fünf Jahre gezahlt.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Greiner): Die Vorteile einer Beteiligung an der ED Kommunal GmbH lägen darin, dass künftige Entwicklungen in der Energieversorgung Berücksichtigung fänden. Es werde untersucht, wohin sich der Energiemarkt der Kommunen in zehn bis zwanzig Jahren entwickle. Der Energiebedarf werde immer größer, daher werde auch mehr Speichermöglichkeit benötigt. Für das neue Wohngebiet „Am Buchberg“ müsse die Wärmeversorgung gewährleistet werden. Die ED Netze GmbH biete die Zusammenarbeit im Infrastrukturbereich an und lade die Kommunen an einen „runden Tisch“ ein. Dadurch entstehe ein Mehrwert.

Auch sei die Elektromobilität ein neuer Markt mit besonderen Anforderungen. Die Errichtung von Ladestationen sei beispielsweise ein Thema der Zukunft.

Stadtrat Blaurock: Er frage sich, warum eine Beteiligung notwendig sei, wenn der „runde Tisch“ allen offenstehe. Ferner bitte er um aktuelle Zahlen der ED Netze GmbH aus dem Vorjahr. Im Bundesanzeiger ende die Veröffentlichung im Jahr 2017. Auch wolle er wissen, warum der Energiedienst Netze anbiete, die am freien Markt günstiger seien.

Herr Martin, Energiedienst AG: Es sei ein Unterschied, ob eine Kommune als Konzessionär

aufetrete oder nicht. Die Vertragspartner erhielten eine jährliche Dividende in Höhe von 3,69 % und bekämen Zahlen und Daten, die nicht öffentlich zugänglich seien. Die Themen seien tiefgreifender.

Das Geschäftsergebnis habe sich im Jahr 2018 verschlechtert. Der niedrige Wasserstand im Rhein von Februar bis Dezember 2018 habe sich negativ ausgewirkt, da der Schwerpunkt bei der Wasserkraft liege. Die Planung für Investitionen erfolge nach gesetzlichen Vorgaben drei Jahre im Voraus. Das Netzangebot der ED Netze AG habe dafür jedoch eine solide Grundlage.

Oberbürgermeister Pauly: Das Risiko bei einer Beteiligung sei überschaubar. Das Eintreten eines Totalverlusts liege in weiter Ferne. Über den Mindestbetrag könne sich die Stadt ein Mitspracherecht sichern und erhalte zudem eine beachtliche Dividende von 3,69 %. Nach Abwägung aller Faktoren sei eine Zustimmung zum Beschlussvorschlag zu empfehlen.

Stadtrat Hall: Seine Fraktion unterstütze den Beschlussvorschlag. Eine Beteiligung an der ED Kommunal GmbH sei für die Stadtentwicklung positiv, da auch die Kernstadt miteingebunden sei.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Erwerb einer Beteiligung in Höhe von 200.000 € an der ED Kommunal GmbH durch die Stadt Donaueschingen zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt den Anteilskauf rückwirkend zum 01.01.2019 abzuwickeln und den Kaufvertrag beurkunden zu lassen.

(mehrheitlich Ja, 6 Nein, 5 Enthaltungen)

8) TOP 4-043/19 Verkehrsuntersuchung / Verkehrszählung 2019 - Beschlussfassung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-043/19 ein.

Herr Schmoll, Vorsitzender des Gewerbevereins Donaueschingen, gibt eine Stellungnahme zu den Beschlussvorschlägen ab. Darin bittet er darum, die geplanten Maßnahmen zu stoppen.

Die vorgesehene Umdrehung der Einbahnstraßen Max-Egon-Strasse / Zeppelinstraße sehe der Gewerbeverein kritisch. Das Verkehrskonzept müsse auf einem funktionierenden Innenring basieren.

Durch die Einbahnstraßenregelung in der Fürstenbergstraße sei verkehrstechnisch ein Durcheinander entstanden. Auch sei die Verkehrssituation in der Bahnhofstraße unbefriedigend. Er bitte um die Rücknahme der Einbahnstraßenregelungen in der Moltkestraße und in

der Fürstenbergstraße und um den Stopp der geplanten Maßnahmen. Die lokale Citymanagerin, Frau Nisch, werde in Kürze ihre Arbeit aufnehmen und solle durch sukzessives Hineinarbeiten in die vielfältigen Anliegen des Handels miteingebunden werden. Ihre Arbeit und ihr Coaching trage zu einer globaleren Sicht bei. Die schlechte Stimmung bei der Bevölkerung schränke die Möglichkeiten der Citymanagerin jedoch erheblich ein.

Ferner solle ein Verein gegründet werden, der eine Satzung erarbeite. Die Mitgliedschaft eines Fraktionsmitglieds sei auch vorgesehen. Der Verein sei für drei Jahre finanziert und trage sich durch Förderer, Sponsoren und Beiträge. Er bitte um neue Diskussionen und um Vertrauen in die Citymanagerin, die den Handel fördern werde. Das gemeinsame Ziel sei eine funktionierende City.

Herr Karajan, Büro Karajan Ingenieure GmbH: Er habe die Nummerierung der Folien wie gewünscht geändert.

Herr Karajan stellt die neue Verkehrsuntersuchung in einer Präsentation (s. Anlage „Übersicht Planfälle“) vor.

Er empfehle aus Bestand 2019 Planfall d. Dieser Lösungsansatz entlaste die Innenstadt und verlagere den Verkehr auf den Innenring. Alle Maßnahmen seien in 2019 umsetzbar. Auch die Prognose 2035 sei möglich.

Oberbürgermeister Pauly: Die neue Vorlage sei aufgrund der Anregungen in der letzten Gemeinderatssitzung erstellt worden. Nach erfolgter Untersuchungen seien entsprechende Beschlussvorlagen von der Verwaltung erarbeitet worden. Es sei möglich den Beschlussvorschlag Ziffer 1 und Ziffer 3 getrennt voneinander abzustimmen. Die Beschlussvorschläge der Ziffern 2 und 4 stünden in Bezug zueinander.

Stadtrat Hall: Das derzeitige Verkehrskonzept sei damals mit einer Mehrheit von 28 Ja- zu 5 Nein-Stimmen vom Gemeinderat beschlossen worden, um die Innenstadt durch weniger Durchgangsverkehr attraktiver zu gestalten.

Erste Massnahmen seien durchgeführt worden: Auf der Herrmann-Fischer-Allee sei ein Radfahrerschutzstreifen eingerichtet worden, die Ampelsteuerung in der Hindenburgstraße sei verbessert worden. Der Residenzbereich sei durch die Einbahnstraßenregelung der Fürstenbergstraße aufgewertet worden. Ziel sei es auch in der Karlstraße den Durchgangsverkehr herauszuhalten. Die Zunahme des Verkehrsaufkommens in der Werderstraße sei überraschend, da der Innenring weniger genutzt werde als die Josefstraße, um beispielsweise auf die B 27 zu fahren.

Die Citymanagerin sei willkommen. Er freue sich auf ihren Start und ihre Impulse. Das sei gut für die Stadtentwicklung. Sie könne eher klären, warum die Autofahrer durch ein Wohngebiet fahren würden. Ein Umdenken sei nicht in Sicht. Er vermute, dass die Zeit nicht reif war für diese Entscheidung, die der Gemeinderat fraktionsübergreifend getroffen habe. Als Fehler räume er ein, dass die Beschilderung für den inneren Ring fehle.

Herr Hall zeigt in einer Präsentation verschiedene Verkehrsschilder in Donaueschingen, auf

denen dieser Hinweis fehle. Folgende Punkte seien ihm wichtig:

1. Seine Fraktion schlieÙe sich dem Antrag der SPD-Fraktion an, die Fürstenbergstraße wieder zu öffnen.
2. Einen verkehrsberuhigten Bereich solle es nur von der Musikschule bis zur Fürstenbergstraße geben.
3. Die vorgeschlagenen Maßnahmen in der Bahnhofstraße aus Beschlussvorschlag Nr. 1, sowie die
4. Vorschläge zum Parkplatz hinter Rathaus I aus Beschlussvorschlag Nr. 3, seien gut.
5. Zusätzlich fordere die CDU-Fraktion eine umfassende Beschilderung für den Innenring.
6. Denkbar sei auch die Einrichtung einer temporären Fußgängerzone von Samstagnachmittag bis Sonntagabend.

Stadtrat Dr. Wagner: Die Voraussetzungen für das Verkehrskonzept seien nicht erfüllt gewesen, da der Innenring dafür nicht ausgebaut sei. Doch der Antrag der FDP-Fraktion im Februar 2018 auf Aussetzung sei mit nur 10 Ja-Stimmen abgelehnt worden.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung, die Richtung der Einbahnstraße in der Werderstraße zu drehen, würde ein größeres Verkehrsaufkommen in der Karlstraße bewirken. Fahrverbote hätten keine Verbesserung gebracht. Die Drehung der Einbahnstraßenregelung in der Max-Egon-StraÙe & Zeppelinstraße habe keine Akzeptanz in der Bevölkerung. Es brauche ein Verkehrskonzept, das von den Bürgern angenommen werde und sie nicht auf die Barrikaden treibe.

Die FDP-Fraktion stelle daher heute folgenden Antrag:

1. Rücknahme der Einbahnstraßenregelung in der Fürstenbergstraße
2. Öffnung der Moltkestraße
3. Die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs gemäß § 325 StVO mit Schrittgeschwindigkeit, eine sog. 325-Zone, wie von Herrn Fraktionssprecher Vetter, SPD, vorgeschlagen.

Damit werde das Ziel verfolgt, den Verkehr im Residenzbereich an der Stadtkirche zu reduzieren. Die Fließgeschwindigkeit solle reduziert werden, um die Autofahrer zu motivieren, den Innenring zu nutzen. Er schlage diesen Antrag fraktionsübergreifend vor und bitte den Gemeinderat um Zustimmung.

Stadtrat Vetter: Diese Lösung sei ein Kompromiss und werde nicht alle zufriedenstellen, aber auf die jetzige Situation müsse reagiert werden. Der Vorschlag drei Einbahnstraßen in dieselbe Richtung verlaufen zu lassen sei ein Novum. Der Verkehr werde damit nur hin- und hergeschoben ohne eine klare Verbesserung.

Deshalb sei sein Vorschlag wie folgt:

1. Ein verkehrsberuhigter Bereich ab der Schützenbrücke gemäß § 325 StVO, in dem Schrittgeschwindigkeit gelte.
2. Aufhebung der Einbahnstraßenregelung in der Moltkestraße
3. Die Parkplatzzufahrt in der Villinger Straße sowie die Errichtung des Parkdecks gemäß Beschlussvorschlag Nr. 3.
4. Die Deaktivierung der Kontaktschleife auf dem Müllerparkplatz, Ausfahrt der Rechts-

abbieger zulassen. Für die Ausfahrt der Busse brauche es die Ampelanlage. Die Ampelphase könne gegebenenfalls länger geschaltet werden.

5. Weiterentwicklung des Verkehrskonzepts
6. Sanierung der südlichen Kernstadt, Gestaltung von Aufenthaltsbereichen durch Baumpflanzung etc.
7. Parkgebühr im Innenstadtbereich, ÖPNV Politik und Verkehrspolitik

Stadträtin Weishaar: Das gemeinsame Ziel sei eine attraktive Innenstadt durch eine hohe Aufenthaltsqualität. Das sei zunächst durch den verkehrsberuhigten Residenzbereich erreicht worden. Das sei zu Lasten der Werderstraße und der Karlstraße erfolgt. Es stelle sich die Frage, wie die Wünsche der Bevölkerung und der empfohlene Planfall d kombinierbar seien.

Planfall c hätte eine kurzfristige Besserung für die Karlstraße und Werderstraße sowie die Umleitung der Busse aus dem Zentrum zur Folge. Diese Option könne gerne mit der Citymanagerin besprochen werden. Die Parkflächen seien derzeit nicht ausgelastet. Zu prüfen sei, ob Gebühren da überhaupt notwendig seien.

Die GUB-Fraktion plädiere für Folgendes:

1. Drehung der Einbahnstraßenregelung in der Fürstenbergstraße
2. Parkraum gemäß Beschlussvorschlag Nr. 3
3. Maßnahmen in der Bahnhofstraße gemäß Beschlussvorschlag Nr. 1
4. Beschilderung des Innenrings
5. Begleitende Maßnahmen im kommenden Gemeinderatsjahr

Stadtrat Blaurock: Folgende Punkte seien seiner Fraktion wichtig:

1. Die Aufnahme eines Parkleitsystems sowie die Beschilderung in den Beschlussvorschlag.
2. Die Prognose 2035 sei zu weit weg und werde kritisch gesehen.
3. Zustimmung zu Beschlussvorschlag Nr. 2, das hätte eine Entlastung für die Werderstraße zur Folge.
4. Zustimmung zu den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 3.
5. Zustimmung zu Beschlussvorschlag Nr. 4. Zu bedenken sei bei der Drehung der Einbahnstraßenregelung der Fahrradverkehr der Realschüler, die entgegen der Fahrtrichtung fahren werden.
6. Der Antrag der SPD-Fraktion sei durch Untersuchungen zu überprüfen. Eine sofortige Entscheidung sei nicht zu treffen.
7. Weiterentwicklung des Verkehrskonzepts, Schaffung einer Parkgebühr und freihalten der Karlstraße für Lieferverkehr in der Hauptverkehrszeit.

Stadträtin Bronner: Sie habe eine Anfrage von Lehrern und Schülern der Karl-Wacker-Schule erhalten, ob für Linienbusse eine Ausnahme bezüglich der Fahrtrichtung der Einbahnstraße gemacht werden könne, falls die Regelung an der Stadtkirche bleibe.

Stadtrat Wild: Eine Ausfahrt am Karlsgarten sei zu wenig für den Parkplatz in der Bahnhofstraße. Zu prüfen sei die Möglichkeit der Ausfahrt für Rechtsabbieger über eine Grünpfeil Regelung an der Ampel. Denkbar sei auch, dass die Ampel nur bei der Ausfahrt von Bussen auf Rot schalte.

Stadträtin Stocker-Werb: Sie stelle sich gegen die Zahlen des Verkehrsplaners und bitte darum, heute über die gestellten Anträge abzustimmen. Die geplante Drehung der Einbahnstraßenregelung Max-Egon-Straße Zeppelinstraße mache keinen Sinn. Der Handel verliere seine Kunden. Es gebe auch keinen Parksuchverkehr in der Innenstadt, da genügend Parkplätze vorhanden seien. Daher mache auch die Eile bezüglich des Parkdecks hinter dem Rathaus I keinen Sinn.

Stadtrat Bäurer: Der Antrag der SPD- Fraktion sei sehr gut. Der vorgeschlagene verkehrsberuhigte Bereich solle um 20 Meter verkürzt werden, damit der Ring über die Poststraße erreicht werden könne.

Stadtrat Mosbacher: Er frage sich wie Bewohner, südlich der Brigach bei einer Drehung der Fahrtrichtung der Max-Egonstraße & der Zeppelinstraße in die Karlstraße fahren könnten. Das bedeute wahrscheinlich eine unerwünschte Zunahme des Verkehrs in der Josefstraße.

Herr Karajan, Büro Karajan Ingenieure GmbH (auf Nachfragen aus dem Gemeinderat: Die Signalanlage auf dem Parkplatz am Bahnhof müsse bleiben, da der Bus eine gesicherte Ausfahrt brauche. Eine konsequente Beschilderung mit Restplatzanzeige von freien Parkplätzen sei sinnvoll.

Stadträtin Riedmaier: Sie schlage eine Ampelphase in orange vor. Das signalisiere, dass der Hauptverkehr Vorfahrt habe.

Herr Karajan, Büro Karajan Ingenieure GmbH (auf Nachfrage der Stadträtin Riedmaier): Eine Ampelphase in Orange erzeuge Verkehrsunsicherheit. Es gebe auch noch Fußgänger, die zu berücksichtigen seien. Im Residenzbereich habe der Verkehr um 2.800 Fahrzeuge abgenommen. Bei einer Öffnung der Einbahnstraße gebe es dort wieder mehr Verkehr. Der Vorschlag drehe das Konzept zurück auf den Stand 2015. Dessen Ziel sei die Reduzierung des Verkehrs in der Innenstadt gewesen. Die heutigen Vorschläge widersprächen der vom Gemeinderat formulierten Aufgabenstellung.

Oberbürgermeister Pauly: Die Beschlussvorschläge Nr. 1 bis Nr. 4 seien von der Verwaltung aufgrund der letzten Gemeinderatssitzung nach ausgiebigen Untersuchungen aller Planfälle erarbeitet worden. Von der neuen Sachlage sei er überrascht. Er warne deshalb vor dem Schnellschuss, die Einbahnstraßenregelung der Fürstenbergstraße ohne Untersuchungen des Verkehrsplaners wieder aufzuheben.

Stadtrat Dr. Wagner: Wenn heute keine Entscheidung falle, könne vor Oktober 2019 kein Beschluss gefasst werden. Möglich sei heute die Abstimmung über den Antrag der SPD mit verschiedenen Längen eines verkehrsberuhigten Bereichs nach Richtzeichen 325 zur StVO.

Oberbürgermeister Pauly: Die Entscheidung für das Verkehrskonzept seien dreijährige Untersuchungen vorangegangen. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung basiere auf Untersuchungsergebnissen von einem Jahr. Der heute eingebrachte Vorschlag habe keinerlei Untersuchungsergebnisse zur Grundlage, auch wenn der Gemeinderat in seiner jetzigen Zusammensetzung in der Thematik eingearbeitet sei. Dennoch seien zahlenmäßige Erhebungen die

beste Entscheidungsgrundlage. Andere Entscheidungen halte er fast für fahrlässig.

Stadtrat Dr. Wagner: Die Entscheidung könne nicht vertagt werden und müsse notfalls ohne Berechnung erfolgen.

Bürgermeister Graf: Die Schaffung einer neuen „325-Zone“ sei nicht unproblematisch, da es schon einen verkehrsberuhigten Bereich gebe und das Verkehrsaufkommen relativ hoch sei.

Stadtrat Blaurock: Er fordere die Beschlussvorschläge Nr. 1 bis Nr. 4 getrennt abzustimmen. Für den heute eingebrachten Antrag, Nr. 5, könne Herr Karajan Berechnungen durchführen und die Untersuchungsergebnisse dem Gemeinderat im September vorlegen.

Oberbürgermeister Pauly: Beschlussvorschlag Nr. 2 habe Auswirkungen auf den neuen Vorschlag Nr. 5.

Stadtrat Dr. Wagner: Der Antrag der SPD-Fraktion bedeute, alles wieder auf null zu setzen. Dafür brauche es keine Untersuchung.

Stadträtin Wesle: Im Übrigen seien die Zahlen das Eine, die Akzeptanz der Bevölkerung das Andere. Der Gemeinderat habe die Bürger nicht in seinen Entscheidung / das Verkehrskonzept miteinbezogen. Die Zeit sei noch nicht reif gewesen. Die Untersuchung nützte nichts, wenn die Akzeptanz der Bürger nicht da sei.

Stadträtin Wiemer: Auch mit einer heutigen Entscheidung für den Antrag gehe das Verkehrskonzept weiter. Aber die Gemüter seien dann beruhigt.

Stadträtin Weishaar: Die vielen Untersuchungen habe man sich dann sparen können. Der Vorschlag der GUB-Fraktion sei über den Antrag der SPD abzustimmen.

Die Sitzung wird unterbrochen. Es folgt eine Überprüfung des Antrags und Abstimmung zwischen Oberbürgermeister Pauly und den Fraktionssprechern.

Oberbürgermeister Pauly: Nach Überprüfung und rechtlicher Würdigung des Antrags seien folgende Optionen möglich:

1. Die Feststellung eines verkehrsberuhigten Bereichs, wie von den Fraktionen FW, SPD, FDP und Teilen der CDU beantragt wäre rechtswidrig. Der gestellte Antrag müsste angepasst werden.
2. Der Antrag müsse gemäß § 24 Abs. 1 Geschäftsordnung vorrangig behandelt werden, könne aber vertagt werden. Jede Fraktion solle dazu Stellung nehmen, ob ein GO-Antrag gestellt werde.

Folgende Anträge lägen vor:

1. Der weitgehende Antrag der SPD/FDP/FW über die Aufhebung der Einbahnstraßenregelung der Fürstenbergstraße und Öffnung der Moltkestraße und die Festlegung eines verkehrsberuhigten Bereichs ab Schützenbrücke bis zur Stadtkirche.
2. Antrag der GUB, Drehung der Einbahnstraßenregelung in der Fürstenbergstraße.

3. Abstimmung über Beschlussvorschläge Nr. 1 und Nr. 3.

(Auf Nachfrage aus dem Gemeinderat): Ein GO-Antrag gemäß § 24 Abs. 1 Geschäftsordnung werde nicht gestellt. Demnach seien Anträge zu formulieren.

Anträge der Fraktionen:

1. Stadtrat Dr. Wagner: Die **FDP**-Fraktion beantrage die Aufhebung der Einbahnstraßenregelung der Fürstenbergstraße und Öffnung der Moltkestraße ohne 325 Zone, d.h. ohne Festlegung eines verkehrsberuhigten Bereichs ab Schützenbrücke bis zur Stadtkirche.

Über die Beschlussvorschläge Nr. 2 und Nr. 4 solle nicht abgestimmt werden, das heißt über die Drehung der Einbahnstraßenregelung in der Werderstraße (Nr. 2) sowie die Drehung der Einbahnstraßenregelungen in der Max-Egon-Straße und Zeppeleinstraße solle nicht abgestimmt werden.

2. Stadträtin Weishaar: Die **GUB**-Fraktion beantrage die Einbahnstraßenregelung in der Fürstenbergstraße zu drehen und die Öffnung der Moltkestraße. Die Abstimmung über Beschlussvorschlag Nr. 4, solle vertagt werden.

Beschluss:

Dem folgenden Antrag der **FDP**-Fraktion wird zugestimmt: Aufhebung der Einbahnstraßenregelung der Fürstenbergstraße und Öffnung der Moltkestraße ohne 325 Zone, das heißt ohne Festlegung eines verkehrsberuhigten Bereichs ab Schützenbrücke bis zur Stadtkirche.

Eine Abstimmung über die Beschlussvorschläge Nr. 2 und Nr. 4 erfolgt nicht.

(19 Ja, 16 Nein)

Dem Beschlussvorschlag Nr.1 wird wie folgt zugestimmt:
Die Zufahrt des Parkplatzes Einkaufszentrum / Ärztehaus von der Bahnhofstraße wird so umgestaltet, dass an dieser Stelle zukünftig ausschließlich eine Einfahrt in den Parkplatz von der Bahnhofstraße aber keine Ausfahrt vom Parkplatz in die Bahnhofstraße möglich ist.

(22 Ja, 12 Nein)

Dem Beschlussvorschlag Nr. 3 wird wie folgt zugestimmt:
Der bestehende Parkplatz zwischen Rathaus I und Lidl-Markt wird durch bauliche Maßnahmen so verändert, dass eine Teilfläche von der Mühlenstraße und die Restfläche von der Villinger Straße aus erreichbar ist. Eine Durchfahung von der Mühlenstraße in die Villinger Straße oder in umgekehrter Richtung ist ausgeschlossen.

(einstimmig Ja bei 1 Enthaltung)

Stadtrat Hall: Er bitte darum, die Beschilderung für den Außenring durchzuführen.

Bürgermeister Graf: Die Beschilderung gebe es schon, das Polizeipräsidium sei dabei, habe es aber noch nicht umgesetzt. Nun brauche es ohnehin einen neuen Plan.

9) TOP 6-001/19 Kindergärten/Kindertagesstätten/Kinderkrippen - Anpassung der Benutzungsgebühren (Elternbeiträge)

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 6-001/19 ein.

Herr Romer: Der Gemeinderat habe 2012 den Beschluss gefasst, die Benutzungsgebühren (Elternbeiträge) künftig ausschließlich nach den Empfehlungen der Kirche und Kommunalen Landesverbände zu erheben. Die Satzung werde dem Gemeinderat in einer Neufassung vorgelegt, da die Anpassung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2019/2020 vom Gemeinderat zu beschließen sei.

Stadtrat Reinholz: Die Bildung solle schon im Kindergarten kostenlos sein nicht erst in der Schule. Seine Fraktion wolle Familien fördern. Ab dem Haushaltsjahr 2020/2021 sollen die Gebühren im 3. Kindergartenjahr frei sein. Die SPD-Fraktion werde einen entsprechenden Antrag hierzu einreichen.

Oberbürgermeister Pauly: Der schriftliche Antrag werde in die Haushaltsberatungen aufgenommen.

Beschluss:

1. Der Erhöhung der Benutzungsgebühren (Elternbeiträge) für den Besuch der Kindergärten/Kindertagesstätten/Kinderkrippen zum 1. September 2019 wird, wie in Anlage 1 dargestellt, zugestimmt.
2. Die Benutzungsgebühren (Elternbeiträge) sind in elf Monaten zahlbar. Im Monat August sind keine Gebühren zu bezahlen.
3. Der Neufassung der Gebührensatzung (Anlage 2) wird zugestimmt.

(mehrheitlich Ja, 5 Nein, 3 Enthaltungen)

10) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Fördermittel

Oberbürgermeister Pauly:

Das Land Baden-Württemberg stelle Fördermittel in Höhe von 761.700,00 Euro für den Anschluss der Kläranlage Wolterdingen an die Kläranlage Donaueschingen bereit wie Herr Regierungsvizepräsident Klemens Ficht ihm bei seinem Besuch letzte Woche zugesagt habe.

Der Antrag des Fürstenberg-Gymnasiums auf Fördermittel für die Erneuerung der Leichtathletik-Anlage der Schule sei in Höhen von 22.000,00 Euro genehmigt worden.

Ehrung Gemeinderäte

Oberbürgermeister Pauly:

Am 11. Juli 2019 finde die Ehrung der Gemeinderäte für ihre langjährige Tätigkeit zusammen mit der Verabschiedung einiger Gemeinderäte statt.

Verkehrskonzept (TOP 8)

Stadtrat Roland Erndle: Er wolle wissen, wann der heutige Gemeinderatsbeschluss zu Tagesordnungspunkt 8 bezüglich der Aufhebung der Einbahnstraßenregelung an der Stadtkirche sowie die Öffnung der Moltkestraße umgesetzt werde.

Herr Dereck: Er werde zunächst mit der Straßenbauverwaltung und der Polizeibehörde Kontakt aufnehmen, um sie an der Maßnahme zu beteiligen. Im Anschluss erhielten die Technischen Dienste die Anordnung, die Schilder abzumontieren.

Niederschrift

Datum: 30.12.2019

z. w. V.

z. K.

Der Vorsitzende

Schriftführer